



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	18.08.2008	
Integrationsrat	19.08.2008	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen  
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage  
nach § 4 der Geschäftsord-  
nung

Stellungnahme zu einem  
Antrag nach § 3 der Ge-  
schäftsordnung

### **Erlass IM NRW zur gesetzlichen Ausreisepflicht - 1. Statistikauswertung**

In der Mitteilung „Information zum neuen Erlass IM NRW zur gesetzlichen Ausreisepflicht“, Sessi-  
on-Nr. 1925/2008, informierte die Verwaltung darüber, dass ab sofort für ausreisepflichtige Perso-  
nen aus den Herkunftsstaaten Serbien, Kosovo, Montenegro und Bosnien und Herzegowina sowie  
der Türkei eine Berichtspflicht gegenüber dem IM NRW bzgl. festgestellter Ausreisehindernisse  
bzw. des Verfahrensstandes der Rückführungsmaßnahmen besteht.

Die erste statistische Erfassung des angefragten Personenkreises konnte zum 31.05.2008 abge-  
schlossen und der Bezirksregierung Köln übermittelt werden.

Insgesamt wurden 2707 Personen erfasst.

310 Personen haben in der Zeit vom 01.01.2008 bis zum 31.05.2008 eine Aufenthaltsgenehmi-  
gung erhalten, davon 249 Personen nach der gesetzlichen Altfallregelung.

272 Personen befanden sich zum 31.05.2008 noch in der Bleiberechtsprüfung.

In 60 Fällen sind Rückführungsmaßnahmen derzeit ausgesetzt, da gerichtliche Verfahren anhängig sind.

757 Personen befinden sich aufgrund von Passlosigkeit im Duldungsstatus. Die Gründe hierfür  
liegen sowohl in der fehlenden Mitwirkung der Betroffenen (693 Fälle) als auch in der mangelnden  
Kooperation der Behörden des Zielstaates (64 Fälle).

196 Personen werden aus gesundheitlichen Gründen geduldet.

In 649 Fällen konnte keine eindeutige Zuordnung erfolgen. Diese Fälle werden bis zur nächsten  
Abfrage überarbeitet.

In den übrigen 463 Fällen liegen sonstige Gründe vor, die einer Ausreise /Rückführung vorübergehend entgegenstehen (z.B. Vermeidung von Familientrennung, laufendes Asylverfahren, Staatenlosigkeit, Sicherheitslage im Heimatland)

Eine Rückmeldung der Bezirksregierung bzw. des IM NRW zu der Statistik liegt der Verwaltung noch nicht vor. Diese ist auch nicht vor September 2008 zu erwarten.